

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington

POLITISCHE BERICHTERSTATTUNG MAI 2004

**Wenn Klischees die Wahrnehmung trüben -
das verzerrte Amerikabild in den europäischen Medien**

Politik und Politiker – der Politikstil von George W. Bush

John Kerry: Der demokratische Präsidentschaftskandidat im Profil

Franz-Josef Reuter
Dr. Christian Ketels
Kristin Vorpahl

Washington am 25. Mai 2004

Konrad-Adenauer-Stiftung
Außenstelle Washington
2005 Massachusetts Avenue, NW
Washington, DC 20036
USA

Tel. 202-986-9460
Fax. 202-986-9458
info@kasusa.org
<http://www.kasusa.org>
<http://www.kas.de>

Wenn Klischees die Wahrnehmung trüben - das verzerrte Amerikabild in den europäischen Medien

von Franz-Josef Reuter

Journalisten beanspruchen in der Regel für sich, der Nachrichtenlage des Tages möglichst schnell, umfassend und akkurat zu folgen. Doch gleichzeitig zeigt die Realität, daß Journalisten zunehmend nach Auswahlkriterien vorgehen (müssen), die bestimmten Themen in der Berichterstattung eine überdurchschnittliche Präsenz verschaffen, während zahlreiche andere Aspekte kaum den Weg ins gedruckte Blatt oder den gesendeten Beitrag schaffen (dürfen). Für die Vereinigten Staaten von Amerika trifft dieses in besondem Maße zu. Die Nachrichten der vergangenen drei Jahre haben Europa und den Deutschen sicherlich nicht geholfen, sich ein fundiertes Urteil, z.B. über die politische Realität in den USA oder über Entwicklungen in der US-Wirtschaft zu bilden. Wenn deutsche Auslandskorrespondenten in Washington hinter vorgehaltener Hand darüber Klage führen, daß das vermittelte Amerikabild nicht mehr stimmig ist mit der Realität und sie zunehmend von den Heimatredaktionen aufgefordert sind, die gängigen Klischees über Amerika zu bedienen, dann erscheint es an der Zeit, Richtigstellungen an der ein oder anderen Stelle vorzunehmen. Im Nachfolgenden wird versucht, einigen Klischees den Nährboden zu entziehen und diesen Fakten entgegenzustellen, die in Europa und Deutschland nicht zur Kenntnis genommen werden (wollen). Amerika soll dabei nicht schön geredet werden. Sehr bewußt allerdings ist der argumentative Blick, der im Nachfolgenden auf die USA gerichtet wird, wohlwollender, als es in Deutschland / Europa derzeit gemeinhin üblich ist.

Klischee 1: „Bush muß weg, deswegen wird er die Wahlen verlieren“

„Anybody, but Bush“ – „Jeder, außer Bush“ – ist der europaweit gängige Slogan und unterstreicht das tief sitzende Vorurteil gegen den 43. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. In Europa und in Deutschland ist es für die überwiegende Mehrzahl der Medien klar: John Kerry wird der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika heißen. Endlich wird der „dumme“ und „einfältige“ „Kriegstreiber“, gemeint ist Amtsinhaber George W. Bush, abgelöst und das Weltgefüge wird mit einem neuen Präsidenten John Kerry in eine bessere Ordnung gebracht. Für viele in Europa wird Bush zum Teufel gewünscht und gilt politisch bereits als erledigt.

Fakt ist: John Kerry, Senator aus Massachusetts und seit Beginn des Monats März designierter Herausforderer von US-Präsident George W. Bush bei den Wahlen am 2. November d.J., muß feststellen, daß es ein fundamentaler Unterschied ist, Präsidentschaftskandidat zu werden und Präsidentschaftskandidat zu sein. Haben die Medien Kerry seit seinen grandiosen Siegen bei den Vorwahlen auf einer Welle der Sympathie als

„Winner-Typ“ und als den „wählbarsten“ unter den demokratischen Präsidentschaftsbewerbern getragen, muß der Kandidat zunehmend feststellen, daß der Medienwind rauher wird. Kerry wird jetzt an programmatischen Aussagen in der Innen-, der Wirtschafts-, der Außen- und Sicherheitspolitik gemessen. Dabei fällt es dem Kandidaten schwer, sich im positiven Sinne vom derzeitigen Amtsinhaber abzusetzen. In Folge dessen ist auch das Rennen in den Meinungsumfragen wieder ausgeglichener geworden. War Kerry in nahezu jeder Meinungsumfrage zu Beginn des Jahres führend, hat sich diese Tendenz abgeflacht. Im März und April lag sogar Amtsinhaber George W. Bush wieder vorn. Erst das in großer öffentlicher Breite diskutierte Thema um die Dramatik der Lage im Irak und der Behandlung von Kriegsgefangenen bringt die beiden Kontrahenten wieder dichter zusammen. Die renommiertesten Umfragen von „Newsweek“ und „Washington Post“ sehen derzeit (Mitte Mai: 45% pro Bush – 46% pro Kerry) ein Kopf an Kopf-Rennen im Kampf um das Weiße Haus voraus. Somit ist das Rennen um das Weiße Haus noch keineswegs entschieden.

Klischee 2: „Die USA führen im Irak einen illegitimen Krieg mit desaströsen Folgen für die irakische Bevölkerung und die Zukunft des Landes“

Das militärische Eingreifen der USA im Irak wurde von weiten Kreisen der Medien in Deutschland von Beginn an als unlauter und imperialistisch dargestellt. Die von den USA und den Alliierten im Irak angeführten Kriegsgründe wurden als vorgeschoben und unehrlich gegeisselt; eine differenzierte Auseinandersetzung mit den Überlegungen und Abwägungen der alliierten Streitkräfte hat in der veröffentlichten Meinung in Deutschland nie wirklich stattgefunden. Die Argumente der Amerikaner wurden per sé als ein leicht durchschaubarer Versuch der Legitimierung eines ungerechtfertigten Krieges abgetan. Die Wortwahl und Diktionen der Kommentare haben die „wahren Kriegstreiber“ frühzeitig identifiziert.

Ein Jahr nach dem Beginn des „Irak-Feldzuges“ wird in den deutschen Medien nun ein Bild gezeichnet, das dem bereits konditionierten Deutschen die aktuelle Situation im Irak als höchst unübersichtlich, völlig unkontrollierbar und dramatisch perspektivlos erscheinen lässt. Die Ablösung des Saddam-Regimes hat durch diese Brille also offenbar nicht – wie von den Amerikanern vollmundig angekündigt – zu Freiheit und Demokratie, sondern zu Instabilität und Chaos im Lande geführt. Gerne wird unterstellt, den Menschen im Irak gehe es heute nicht wirklich besser als vor Kriegsbeginn; die Perspektive auf wirtschaftliche Prosperität und politische Stabilisierung sei in unerreichbare Ferne gerückt.

Wurde bereits das militärische Eingreifen von Beginn an – mit einer wohlgepflegten anti-amerikanischen Grundeinstellung – unter Generalverdacht gestellt, so wird nunmehr darüber hinaus versucht, die Ergebnisse des Engagements der USA und ihrer Verbündeten im Irak in einem mehr als zweifelhaften Licht erscheinen zu lassen. Die unmenschlichen Vergehen im Abu Ghraib-Gefängnis sowie die Anschläge terroristischer Banden und

Gruppierungen im Irak werden dankbar als Beweise des vollständigen Versagens der Amerikaner im Irak aufgegriffen und in Teilen der deutschen Medien mit einer selbstgerechten „Wir-haben-es-Euch-ja-sagt“-Attitüde förmlich zelebriert. Die nachhaltig positiven Entwicklungen im befreiten Irak werden geflissentlich übersehen bzw. stören bei einer möglichen kritischen Überprüfung der eigenen, vorgefassten anti-amerikanischen Meinung. Die spürbaren Verbesserungen für die grosse Mehrzahl der Iraker im alltäglichen Leben wird nicht zur Kenntnis genommen. Die Errungenschaften der Freiheit, die dem irakischen Bürger jahrelang vorenthalten wurden, werden in der deutschen Medienlandschaft – oftmals wider besseren Wissens – ausgeblendet.

Fakt ist: Das zivile Leben im Irak hat sich in den Bereichen Sicherheit, Infrastruktur und Versorgung, wirtschaftliche Entwicklung sowie Gesundheit, Bildung und Kultur in den letzten Monaten nachhaltig verbessert. Durch den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft wird der Freiheitsbegriff für die irakische Gesellschaft greifbar und erlebbar. Die potentielle Gefahr, vom eigenen Regime mit Chemiewaffen angegriffen zu werden, ist verschwunden. Die Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven irakischer Kinder verbessern sich täglich; Frauen erhalten die Chance, in einer demokratisch organisierten Gesellschaft ihre Rechte und Vorstellungen durchzusetzen.

Der vom Saddam-Regime wirtschaftlich ausgezehrte Irak hat nun die Chance, die natürlichen Ressourcen und Reichtümer des Landes, zum Wohle der Gesamtbevölkerung, einzusetzen. Elektrizität und Wasser sind, entsprechend den Bedürfnissen der Menschen, im ganzen Land zugänglich; deren Verteilung unterliegt nicht länger dem Willen einer Elite in Bagdad, die zunächst und ausschliesslich die eigenen Vorteile im Blick hatte. Seit vergangenem Herbst liegt die Stromgenerierung im Land über dem Vorkriegsniveau von 4.400 MW pro Tag. In Bagdad wurde eine der wichtigsten Wasserwerke wiederhergestellt, um nun mit einer um 45% erhöhten Kapazität arbeiten zu können. Dies bedeutet eine zusätzliche Wassermenge von ca. 225.000 Kubikmetern pro Tag, die vor allem dem bevölkerungsreichen Osten der Stadt zugute kommt.

Ähnliches gilt für die Gesundheitsversorgung: Irakische Krankenhäuser waren die ersten Einrichtungen, die von den Amerikanern wiedereröffnet und allen Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht wurden. 52 wichtige Gesundheitskliniken wurden bislang renoviert; in 600 weiteren Praxen und Kliniken wurde die Grundausstattung zur Versorgung der Bevölkerung sichergestellt. Medikamente und Impfstoffe stehen im ganzen Land zur Verfügung. Mehr als 30 Millionen Dosen Impfstoff wurden mit der Unterstützung des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums und UNICEF zur Verfügung gestellt.

Neben der Sicherstellung dieser lebenswichtigen Grundversorgung durch die alliierten Streitkräfte geben die Ölreserven im Irak Hoffnung auf eine positive

und gerechte wirtschaftliche Entwicklung im Land: Das schwarze Gold wird nicht mehr die Bedürfnisse eines diktatorischen Regimes befriedigen, sondern die Basis für eine gesunde Dynamik in der irakischen Volkswirtschaft bilden können. Die Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern des täglichen Bedarfs stellt sich als enorm verbessert dar: Waren, die zuvor durch das Saddam-Regime verboten oder aufgrund von Sanktionen für die irakische Bevölkerung nicht erhältlich waren, werden nun auf Märkten von Händlern feilgeboten. Banken versorgen die Menschen mit einer neuen einheitlichen Währung und ermöglichen ihnen so die Teilnahme am wirtschaftlichen Leben. Zur Stabilisierung des Wachstums dient der Auf- und Ausbau der Infrastruktur im gesamten Land: Etwa 20 zivile An- und Abflüge werden auf dem Bagdad International Airport mittlerweile wieder täglich abgewickelt. Wichtige Brücken, wie bspw. die Al-Mat-Brücke, die täglich für über 3.000 LKW die wichtigste Verbindung zwischen Bagdad und Jordanien ist, sind in Stand gesetzt.

Gestützt und eingebettet wird die ökonomische Entwicklung durch die Schaffung demokratischer Strukturen. Die nationale Übergangsregierung bildet mit kommunalen und regionalen Vertretungen, die demokratisch gewählt die Belange der Menschen vor Ort friedlich regeln, die Basis einer absehbaren Souveränität des irakischen Volkes. In 18 Verwaltungsregionen des Landes wurden bislang kommunale Selbstverwaltungen implementiert. Hierdurch werden mehr als 20 Millionen Iraker in den Willensbildungsprozess vor Ort eingebunden. Weiterhin gibt es mittlerweile 16 Regionalparlamente, 90 Kreisparlamente, fast 200 Stadt- und Gemeindepalamente sowie 445 Ortsbeiräte. Kein Iraker unter 35 Jahren hat jemals etwas anderes erlebt, als die omnipräsente Herrschaft der Ba'th-Partei, die bekanntlich vom Kindergarten bis zum Seniorenverein die gesamte Realität gesellschaftlichen Lebens nach ihren ideologischen Prämissen umgestaltet hatte. Anstelle zentralisierter Herrschaft streben die vertretenen Parteien und Gruppen eine föderale Ordnung und ein demokratisches Rechtssystem an, innerhalb dessen sowohl die Individualrechte irakischer Bürger, als auch die Ansprüche und Rechte von Religionsgemeinschaften und Volksgruppen gleichermaßen gewährleistet sind.

Die Versorgung von Kindern mit gesunder Nahrung wird die in weiten Teilen der Bevölkerung ehemals vorherrschende Unter- und Schlechternährung sukzessive abbauen. Entsprechende Schul- und Universitätsprogramme sorgen dafür, dass das Land auch geistig und wirtschaftlich auf mittlere Sicht wieder aus eigener Kraft auf die Beine kommen kann. Bislang konnten landesweit 2.358 Schulen den Lehrbetrieb wieder aufnehmen. Über 31.000 Lehrer wurden im laufenden Schuljahr aus- und weitergebildet. Im Rahmen eines Hochschulentwicklungsprogramms wurden u.a. \$20,7 Millionen bereitgestellt, um Partnerschaftsprogramme zwischen irakischen und US-amerikanischen Universitäten auf die Beine zu stellen.

Diese Errungenschaften, die so gar nicht in das Bild eines durch US-Streitkräfte „besetzten“ (nicht: befreiten!) Landes passen, sind im Übrigen nicht die Erfolge einer angeblich isolierten US-Armee. Die Mission von USAID (United States Agency for International Development), im Irak Programme in den genannten Bereichen Erziehung und Bildung, Gesundheit und Nahrungssicherheit, infrastruktureller Wiederaufbau, wirtschaftliche Entwicklung sowie kommunale Selbstverwaltung zu initiieren, wird durch die Vereinten Nationen, die Weltbank, die Regierungen der alliierten Partner, durch Nicht-Regierungsorganisationen sowie Privatunternehmen auf breiter Basis nachhaltig unterstützt.

Überdies: Wer hätte vor einiger Zeit daran gedacht, daß Lybien's Staatschef Ghadaffi einlenkt, vom Saulus zum Paulus motiert und sich plötzlich so prowestlich gibt, Waffenarsenale aufgibt, dem Terrorismus abschwört etc. Der Sturz des Saddam-Regimes in Bagdad hatte sicherlich entscheidenden Anteil am Umdenken in Tripolis. Ein latent vorhandener Krisen- und Gefahrenherd konnte somit durch Druck und eigene Erkenntnis zum Einlenken bewegt werden. Ein wichtiger außenpolitischer Erfolg der USA, über den kaum jemand spricht.

Klischee 3: „Die schwache Wirtschaftsentwicklung in den USA reißt Europa mit in die Tiefe“

In Europa wird immer wieder das Bild des wirtschaftskranken Amerikas kolportiert. Ein Wirtschaftswachstum ohne Substanz, eine Seifenblase von Wirtschaftspotenz, keinerlei Erfolge auf dem Arbeitsmarkt, ein gigantisches Haushaltsdefizit, was uns mit in den Abgrund zieht... – Klischees, die inzwischen in Europa's Medien weit um sich gegriffen haben. Auch die Wirtschaftsredaktionen scheinen bei Art und Auswahl der Berichterstattung über US-Unternehmen oder US-Wirtschaftsdaten, den Blick für das Einseitige zu bevorzugen. Finanzskandale und Negativberichte sind Trumpf. Warnen amerikanische Medien in ihren Meldungen zur Zeit nur vor einer Region – Südamerika – herrscht bei den deutschen Meinungsführermedien in der Wirtschaftsberichterstattung Weltuntergangsstimmung. Wer die deutschen Zeitungen aufschlägt oder bei den TV-Nachrichten zur Lage der Weltwirtschaft etwas erfahren will, erhält folgendes Bild: Abgesehen von Südostasien und Australien stellen die deutschen Journalisten die Situation eher als trostlos da. Doch wie erklären sie ihrem Publikum das US-Wirtschaftswachstum? Am besten gar nicht.

Fakt ist, daß bereits im zweiten Monat in Folge eine gewaltige Stellenexplosion auf dem US-Arbeitsmarkt vonstatten geht, und somit das Vorurteil, es finde in Amerika ein Wachstum ohne die Schaffung von Jobs statt, eindrucksvoll widerlegt. In den USA sind allein im März 2004 337.000 neue Stellen entstanden und im Folgemonat April sind 288.000 neue Jobs hinzugekommen.

Die Arbeitslosenzahl sank um einen Prozentpunkt auf 5,6 Prozent und spiegelt damit den niedrigsten Stand seit dem Amtsantritt von Präsident Bush wider. Seit August vergangenen Jahres ist die Zahl der Beschäftigten damit um 1,1 Millionen gestiegen. Der höchste Stellenzuwachs seit vier Jahren läßt auch die Finanzmärkte auf diese Entwicklung positiv reagieren. Die Börse ist in guter Stimmung. Für Präsident Bush sind die Zahlen im Präsidentschaftswahljahr eine große Erleichterung. Seine Politik der niedrigen Steuern scheint sich durch ein gesteigertes Konsumverhalten der Amerikaner zu bewahrheiten. Wurde noch zu Ende des letzten und zu Beginn des neuen Jahres unter Volkswirten Zweifel gehegt, ob die Konjunkturbelebung in den USA auch nachhaltig genug sei, wird sie jetzt als auf solidem Fundament befindlich und mit weiterer Tendenz nach oben bewertet. Besonders positiv wird beurteilt, daß die Verbesserung am Arbeitsmarkt fast alle Branchen umfaßt.

Auch die Daten zur Produktivität und zu den Lohnstückkosten im ersten Quartal 2004 zeigen, daß die Beschäftigten an der Produktivitätsentwicklung durch höhere Lohnabschlüsse partizipieren konnten. Der moderate Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne deutet an, daß sich diese Entwicklung auch im zweiten Quartal fortsetzt. Zusammen mit dem Beschäftigungsaufbau läßt dieses auf eine äußerst kräftige Einkommensentwicklung der privaten Haushalte schließen, zumal auch die Steuerrückerstattungen positiv wirken werden.

Offshoring, die vielgescholtene Auslagerung von Arbeit in Niedriglohnländer, ist gut für die US-Wirtschaft und erhöht die Stellenzahl in den USA. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die vom IT-Handelsverband ITAA (Information Technology Association of America) in Auftrag gegeben wurde. Die Auslagerung senke die Kosten der Unternehmen und erhöhe die Produktivität, heißt es. Das habe niedrigere Inflationsraten und sinkende Zinssätze zur Folge. Zwar komme es kurzfristig zu Entlassungen; die Herausforderung bestehe jedoch darin, den Entlassenen den Übergang in andere Beschäftigungsbereiche zu erleichtern. Langfristig entstünden in der IT-Branche und in anderen Branchen neue Arbeitsplätze, sobald sich die Wirtschaft aklimatisiert habe, so die Analysten, die sich anhand der aktuellen Arbeitsmarktzahlen bestätigt sehen. In den USA seien im vergangenen Jahr insgesamt 90.000 neue Stellen geschaffen worden. Ab dem Jahre 2008 werde es pro Jahr 317.000 neue Jobs geben. Die positiven Auswirkungen von Offshoring auf den US-Stellenmarkt variierten je nach Industriezweig. In den nächsten Jahren gebe es einen positiven Input vor allem im Bereich von Bau-, Transportsektor, Gesundheitswesen, Großhandel und Finanzdienstleistung. Auch das renommierte Wirtschaftsinstitut „Global Insight“ kommt anhand eigener Studien zu den gleichen Schlußfolgerungen. Die IT-Auslagerung in Billiglohnländer führe zu keinem grundsätzlichen Schaden am Arbeitsmarkt. Die Untersuchungen ergaben, daß die globale Auslagerung von Computersoftware und IT-Diensten zwar Beschäftigten in der IT-Branche den Arbeitsmarkt kostet, der US-Wirtschaft grundsätzlich jedoch entgegenkommt und die Stellenzahl in den USA erhöht. Durch den Einsatz von

Offshore-Ressourcen werden Kosten gesenkt und die Produktivität angekurbelt, was wiederum niedrigere Inflationsraten und Zinssätze sowie eine positive Wirtschaftsentwicklung zur Folge hat. Für den Zeitraum von 2003 bis 2008 wird, für die aus der Nutzung von Offshore-Ressourcen gewonnenen Gesamteinsparungen, ein Anstieg von 6,7 Mrd. Dollar auf 20,9 Mrd. Dollar vorausgesagt.

Die Arbeitsmarktentwicklung in den USA lässt auch zunehmend Stimmen der Gewerkschaften und die der demokratischen Opposition verstummen, welche vor nicht all zu langer Zeit nach „schwarzen Listen“ für diejenigen Unternehmen riefen, die ihre Jobs ins Ausland verlagerten. Die Lage am Arbeitsmarkt ist im amerikanischen Wahljahr von hoher politischer Brisanz. Bush's demokratischer Herausforderer John Kerry wirft dem Präsidenten vor, nichts gegen die Abwanderung von Millionen Arbeitsplätzen in Billiglohnländer zu tun. Seit Anfang Mai ist Kerry mit diesen Äußerungen auffallend vorsichtiger geworden. Die stabilen Arbeitsmarktberichte sind für viele Ökonomen das fehlende Stück eines Puzzles für einen optimistischen Ausblick auf die US-Wirtschaft und damit auch auf die Weltwirtschaft insgesamt.

Klischee 4: „Der niedrige Dollar und das gigantische Haushaltsdefizit schaden der Weltwirtschaft.“

Durch Interventionen auf dem Devisenmarkt sichern sich die USA einen günstigen Dollarkurs, zum Wohle der eigenen Volkswirtschaft und auf Kosten der Europäer. Diese These wird gern von europäischen Politikern und Funktionären gebraucht, um die eigenen Unzulänglichkeiten und langjährigen Versäumnisse in der Wirtschaftspolitik zu kaschieren. Ebenso wird das gigantische amerikanische Haushaltsdefizit angeprangert und als tickende Zeitbombe für die Weltwirtschaft gegeiselt.

Fakt ist: Ein schwacher Dollar kommt der Bush-Administration im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen zweifelsohne gelegen, da er die Gewinne der US-Unternehmen pflegt und das gigantische Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten zu mindern hilft. Der schwächelnde Dollar stand in der jüngsten Vergangenheit nicht nur gegen den Euro, sondern auch vor allem gegen die sogenannten „Commodity-Währungen“, wie dem kanadischen Dollar und dem südafrikanischen Rand, unter massivem Druck. Gegen den Rand hat die Währung in den vergangenen zwei Jahren beispielsweise etwa 50 Prozent ihres Wertes verloren, gegen den Euro rund 30 Prozent.

Das hört sich dramatisch an, wird nicht selten dramatisch dargestellt, ist allerdings bisher alles andere als dramatisch. Das zeigt allein schon die verhaltene Reaktion der Europäischen Zentralbank, die sich zumindest bisher nicht aus der Ruhe bringen lässt. Fakt ist, daß sich viele Währungen, die sich angeblich plötzlich so stark geben, ihrerseits von einer Schwächephase erholen. Dabei haben sie noch lange kein Niveau erreicht, das sie vorher nicht schon

gesehen haben. Auch nicht der Euro. Denn verlängert man dessen Historie, anhand einer „Vorgängerwährung“, der D-Mark, so könnte die Einheitswährung noch bis auf knapp 1,43 Dollar je Euro steigen. Erst dann wäre wirklich ein neuer Rekord zu verzeichnen. In den 90er Jahren war der Dollar gefragt, weil die Wirtschaft in Amerika scheinbar unbeschränkt wachsen konnte. Das zog nicht nur die Aktionäre an, sondern auch ausländische Unternehmen, die kräftig im Land der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten investierten. Diese Nachfrage trieb nicht nur den Dollar nach oben, sondern versorgte Amerika auch mit günstigem Geld.

Auf Grund von Ereignissen der jüngeren Vergangenheit, des nachlassenden Wachstums, fallender Börsen, der Attentate in New York und einer beinahe schon unendlichen Serie von Bilanz- und anderen Skandalen ging der Dollarmythos verloren. Der Dollar war nicht nur nicht mehr stark gefragt, sondern auf Grund rasch fallender Zinsen wurde dieser auch relativ unattraktiv. Um die Wirtschaft anzukurbeln, senkte nicht nur die Notenbank die Zinsen, sondern die Regierung reduzierte auch die Steuern und erhöhte die Ausgaben. Damit steigt der Geldbedarf. Gleichzeitig sparen die amerikanischen Konsumenten zu wenig. Diese Differenz –die negative Leistungsbilanz von etwa fünf Prozent des Sozialproduktes- wurde und wird bisher vom Ausland ausgeglichen. Allerdings nicht mehr so bereitwillig, wie in der Vergangenheit. Amerika muß auf Grund der relativen „Unattraktivität“ immer mehr bieten – und das schlägt sich im Wechselkurs, in Form von Kursverlusten, nieder.

„Der Dollar wird nicht abstürzen, weil das niemandem nützen würde, weder den Amerikanern noch ihren Handelspartnern“, beschwichtigt in stoischer Gelassenheit immer wieder US-Notenbankchef Greenspan. Finanzexperten an der Wall Street gehen davon aus, daß vor allem die Asiaten mit ihren Dollar-Käufen weiterhin dafür sorgen werden, daß die Dollar-Landung relativ sanft vonstatten geht. Allein Japan hat im letzten Jahr schon Yen im Wert von über 150 Mrd. US\$ auf den Markt geworfen, um den Dollar zu stützen. Und auch die Chinesen werden weiterhin Dollar kumulieren, damit ihre Währung Yuan im Windschatten des Dollars segeln kann. Amerika ist –so Greenspan- schon allein deshalb nicht an einer abrupten und schnellen Abwertung gelegen, da andernfalls die Kapitalflüsse schlagartig ausblieben, was gleichermaßen Aktien- und Anleihenkurse einbrechen lassen würde.

Kurzfristig sieht es nun so aus, als ob die amerikanische Konjunktur mittels der externen Anreize schnell und kräftig in Fahrt kommen könnte. Alle Konjunkturdaten deuten darauf hin. Die Börsen bauen zumindest darauf, nehmen das mit steigenden Kursen vorweg und bieten für Anleger interessante Möglichkeiten. Und genau aus diesem Grund rechnen viele Marktteilnehmer damit, daß sich der Dollar in nächster Zeit wieder gegen den Rest der Welt erholen könnte. Das dürfte nicht ausgeschlossen sein, denn nach einer raschen

Abwertungsphase kann es jederzeit zu einer Gegenbewegung kommen. Der Konjunkturvorsprung der Amerikaner wird sich nach übereinstimmender Meinung vieler Analysten spätestens im kommenden Jahr in den Wechselkursen niederschlagen. Für eine weitere Euro-Rally gibt es indes wenig Nährboden. Mit Verweis auf den aufgeweichten Stabilitätspakt und mit Blick auf die EU-Osterweiterung sei dieses gerade eine Bürde für den Euro. Die Befürchtung, daß das Ausland nicht mehr bereit sei, das Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren, wird nicht geteilt. Sollte die Konjunktur weiter an Fahrt gewinnen, werden ausländische Investoren auch zukünftig Geld nach Amerika pumpen. Die Wall Street sieht den Euro daher zur Jahresmitte und zum Jahresende eher bei nur noch 1,10 Dollar (derzeit 1,27).

Zu schaffen macht der US-Wirtschaft allerdings nach wie vor das für das Haushaltsjahr 2004 prognostizierte **Rekorddefizit von 477 Mrd. Dollar**. Damit würde die Regierung von US-Präsident George W. Bush sogar den eigenen Negativrekord aus dem vergangenen Jahr übertreffen. US-Finanzminister John Snow bekräftigte unterdessen den festen Willen der Regierung, binnen der nächsten fünf Jahre das Defizit halbieren zu wollen. Snow nannte das Defizit „zu hoch, nicht willkommen und nicht von Dauer“. Erst im vergangenen Jahr hatte die Bush-Regierung ein Haushaltsdefizit von 374 Mrd. Dollar eingefahren. Das größte amerikanische Haushaltsdefizit seit dem Zweiten Weltkrieg wurde bekanntlich 1993 unter dem früheren Präsidenten Ronald Reagan erreicht, es lag seinerzeit bei 6,2 Prozent des BIP.

Präsident Bush, der sich im November zur Wiederwahl stellt, steht wegen der explodierenden Neuverschuldung unter Druck. Bush hat bereits eine Verringerung des Defizits angekündigt, will zugleich aber die massiven Steuersenkungen in Milliardenhöhe (1,7 Mrd. Dollar), die Ende des Jahres teilweise auslaufen, verlängern. Bush verteidigt die Steuersenkungen, die –nach seinen Worten– die Rezession abgemildert hätten und nun wichtiger Bestandteil zur Ankurbelung der Wirtschaft seien. Dementsprechend rechtfertigte der Präsident auch das Haushaltsdefizit mit den Folgen der Rezession, den Anschlägen vom 11. September und dem Krieg gegen den Terrorismus. Binnen fünf Jahren soll die **Defizitquote** von derzeit **4,5%** des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf unter zwei Prozent des BIP gesenkt werden. Zum Vergleich: die Defizitquote Deutschlands liegt nach EU-Angaben bei 4,2%.

Präsident George W. Bush weiß nur all zu genau, wie bedeutend anhaltend positive Daten aus Wirtschafts- und Arbeitsmarkt für die angestrebte Wiederwahl im November d.J. sind. Zwei Drittel der amerikanischen Wählerschaft sehen in der Wirtschaftsentwicklung des Landes die entscheidende Motivation für ein Pro- oder Contra-Bush auf den Wahlzetteln. Allen Unkenrufen zum Trotz wird damit einmal mehr deutlich, daß die politische Wahlauseinandersetzung über Erfolg oder Mißerfolg eng mit der Verfaßtheit des

Portmonnaies' des einzelnen Bürgers zusammenhängt – auch in Amerika bzw. insbesonders in Amerika.

Klischee 5: „Kerry wird die Außenpolitik neu justieren“

Ein neuer amerikanischer Präsident, namens John Kerry, wird das verlorene gegangene internationale Vertrauen der USA wieder herstellen und eng an der Seite der Verbündeten eine neue Außen- und Sicherheitspolitik betreiben. Der Schulterschluß mit den verschmähten Vereinten Nationen und der unterschätzten NATO wird nicht lange auf sich warten lassen. Dieses ist der Medientenor zahlreicher außenpolitischer Kommentare innerhalb der europäischen Medienlandschaft.

Fakt ist: Wer glaubt, ein Präsident John Kerry wird die Außen- und Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten umkrepeln und auf ein neues multilaterales Fundament setzen, der wird sich indes enttäuscht sehen. Der Senator aus Massachusetts unterstützt –genauso wie George Bush- eine fortgesetzte Führungsrolle Amerikas in der Sicherung der Stabilisierung im Nahen- und Mittleren Osten, eine erweiterte Autorität für die Vereinten Nationen, eine größere Rolle für die NATO und eine Erhöhung der US-Truppenstärke, falls erforderlich, um die Operation Irak erfolgreich beenden zu können. Beide sehen für die USA eine notwendige Rolle der Dominanz im internationalen System. Bush wörtlich (Wahlkampfkundgebung am 4. Mai 2004 in Ohio): „*I am for united action, but I will never turn over America's national security decisions to leaders of other foreign countries*“, Kerry's Echo darauf zwei Tage später, wörtlich (Wahlkampfkundgebung in Washington D.C.): „*I will never hand over the security of this country to any institution*“.

Nichts desto trotz hat die derzeitige US-Administration in den vergangenen Monaten einen intensiven Lernprozess absolviert und –im Gegensatz zum letzten Jahr- festgestellt, daß den Europäern mehr als nur die Rolle eines „Subcontractors“ bei der Krisenbewältigung weltweit zukommen muß. Seit dem Frühjahr 2004 gibt es klare Indikatoren dafür, daß die USA den Wert des multilateralen Systems wiederentdeckt haben und in den Vereinten Nationen und vor allem der NATO ein wichtiges Instrumentarium zur Konfliktprävention sehen. Im Hinblick auf die bevorstehenden Gipfeltreffen - das G8-Treffen in Sea Island / Georgia (8. – 10.06.), den EU-US-Gipfel in Shannon / Irland (25./26.06.) und den NATO-Summit in Istanbul (28./29.06.)- bestehen aus Sicht der US-Regierung drei bedeutende politische Plattformen, um eine neue strategische Konzeption, mit einer klaren Definition von gemeinsamen Interessen, konstruktiv anzugehen. Die USA sind bereit, der EU und der NATO eine wichtige Rolle bei der Entwicklung einer strategischen Konzeption für die Stabilität im erweiterten Mittleren Osten (Greater Middle East) zuzugestehen. Auch in

dieser Frage gibt es inzwischen keinen Unterschied mehr zwischen Präsident George W. Bush und seinem Herausforder John F. Kerry.

Präsident Bush hat unlängst Israels Premierminister Ariel Sharons Plan zum einseitigen Abzug aus Gaza unterstützt und gleichzeitig gebilligt, daß die Israelis an einigen Siedlungsprojekten in der West Bank festhalten, um eine Trumpfkarte zur Erreichung eines endgültigen Friedensplans in Händen zu behalten. Für genau das Gleiche steht John Kerry. Dabei gilt zu bedenken, daß traditionell die großen jüdischen Lobbyorganisationen in den Vereinigten Staaten eher den Demokraten nahestehen.

Ebenfalls votieren Bush und Kerry für erweiterte Staatsausgaben im Kampf gegen den Terrorismus weltweit. Wer sich wem in der ein oder anderen außenpolitischen Frage in der Positionierung angenähert hat, bleibt letztlich irrelevant. Fakt ist: Auch ein US-Präsident namens John Kerry wird sich in der Außen- und Sicherheitspolitik sachpolitisch nicht anders positionieren als der derzeitige Amtsinhaber. **Die Europäer sollten ihrerseits die Gunst der Stunde nutzen und den zweifelsohne entstandenen Schaden an der transatlantischen Wertegemeinschaft reparieren, indem man –im Schulterschluß mit den USA- klare gemeinsame Interessen definiert und diese mit den vorhandenen Instrumentarien (UN / NATO) und einer gemeinsamen Strategie umsetzt. Europa und die Vereinigten Staaten sind dazu aufgerufen, eine strategische Interessengemeinschaft zu verwirklichen, um die dramatischen Konflikte des 21. Jahrhunderts zu meistern. Dazu gibt es keinerlei Alternative.**

* * *

Politik und Politiker – der Politikstil von George W. Bush

von Dr. Christian H. M. Ketels

Politik wird von Personen gemacht, und so ist es kein Zufall, dass auch in der deutschen Diskussion über die amerikanische Aussenpolitik gern stark personalisiert wird. Das war bei Ronald Reagan so, und auch auch bei George W. Bush wird die Bewertung der Politik stark mit der Bewertung der Person verknüpft. Was ist charakteristisch für George W. Bush und seinen Politikstil, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für das deutsch-amerikanische Verhältnis? In vieler Hinsicht ist George W. Bush als ein anderer Typ Politiker gewählt worden; ein Typ, der sich deutlich vom traditionellen, auch deutschen, Modell unterscheidet. Die Diskussion der Person George W. Bush sollte allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass sich die amerikanische Aussenpolitik nur auf ihn als Individuum reduzieren liesse. Zum

einen ist George W. Bush das zentrale Beispiel für eine ganze Gruppe von US-Politikern—nicht nur der Republikaner—, die einen ähnlichen Politikstil vertreten. Zum anderen definieren klassische Faktoren der Außenpolitik weiterhin den Kontext, in dem sich die Entscheidungen der Person George W. Bush bewegen.

George W. Bush: Der „unpolitische“ Politiker

In der deutschen Diskussion wird George W. Bush gern als dumm, in der Hand der Grossindustrie und Neokonservativen, fixiert auf das Beispiel seines Vaters, und als religiöser Eiferer und als unmoralischer Kriegstreiber dargestellt. Diese Beurteilungen sind nicht nur inkonsistent und ungerechtfertigt, sie reflektieren auch das Unvermögen, sich mit der Person George W. Bush und der politischen Landschaft in den USA ernsthaft auseinanderzusetzen. Tatsächlich sind die spezifischen Facetten der Person George W. Bush, die den Vorurteilen vordergründig Nahrung zu geben scheinen, Zeichen eines Politikstils, der sich deutlich von dem seines Vorgängers Bill Clinton und auch vom dem vieler europäischer Politiker unterscheidet. Zwei Dimensionen sind zentral, um George W. Bush's Politikansatz zu verstehen: Seine Interpretation der Präsidentschaft als Topmanagement-Position („CEO“, Chief Executive Officer), und sein Verständnis von Moral in der Politik. Die Fehleinschätzung seiner Politik in diesen zentralen Fragen war meiner Meinung nach ein wichtiger Faktor für das Versagen der transatlantischen Diplomatie in der Irak-Krise.

Der Präsident als CEO

George W. Bush ist der erste Präsident der Vereinigten Staaten mit einer MBA-Ausbildung (Harvard Business School Class of 1975). Er hat signifikante Erfahrungen aus der Privatwirtschaft, und die Art, wie er Politik managt, ist typisch für die Rolle eines CEO in einem Unternehmen. Mit dieser Erfahrung steht Bush nicht nur in seiner Administration nicht allein—von Dick Cheney über Donald Rumsfeld und Don Evans (Commerce) bis zu John Snow (Treasury) haben viele seiner engsten Mitarbeiter ähnliche Erfahrungen. Es ist auch typisch für eine zunehmende Anzahl von Gouverneuren, z. B. Mitt Romney in Massachusetts oder Craig Benson in New Hampshire, sowie für andere Politiker nicht nur der Republikaner. Die Rekrutierung von Personen aus der Wirtschaft in hohe Ämter der Regierung hat in den USA eine lange Tradition; die Interpretation politischer Führungspositionen als Managementaufgaben war jedoch selten so offensichtlich. Drei Kernthemen bestimmen Bush's Führungsstil und das Verhältnis zu seinem Kabinett und den Spitzen der öffentlichen Verwaltung: Fokus, Delegation und Handlungsorientierung.

Fokus Erfolgreiche CEOs konzentrieren sich auf wenige Kernziele Ihrer Organisation, und wiederholen diese Ziele ständig in Ihrer Kommunikation nach

Innen und Aussen. Kompromisse an diesen Zielen gibt es nicht —auch nicht, wenn das den Verzicht auf eine weitere Resolution des UN-Sicherheitsrates bedeutet. Für viele Deutsche wirkt dieser Fokus auf wenige Ziele als zu begrenzt, um der Komplexität von Politik gerecht zu werden. Ausserdem wirkt die Bestimmtheit bei der Durchsetzung dieser Kernziele als arrogant. Es ist in erster Linie der Versuch, trotz der Komplexität und mangelnden Kontrollierbarkeit von Politik Wirkung und Erfolge zu erzielen.

Delegation Erfolgreiche CEOs lassen Freiräume bei der Wahl der Mittel und Wege, nachdem sie die Richtung bestimmt haben. Die Rolle des CEO ist nicht die Umsetzung, sondern das Bestimmen der strategischen Richtung und die Auswahl der Personen, die diese Ziele durch praktische Handlungen erreichen können. Die Militärstrategie im Irak war ein gutes Beispiel dafür, dass Bush dem Pentagon weitreichende Entscheidungs-vollmachten gegeben hat. In Deutschland schafft die Delegation auch wichtiger taktischer Entscheidungen den Eindruck von intellektueller Schwäche und der Abhängigkeit von bestimmten Gruppen, z. B. Den „Neokonservativen“. Wiederum ist es der Versuch, durch die Konzentration auf die Kernaufgaben des Präsidenten mehr Wirkung und Effizienz zu erzielen, statt durch die Diskussion der taktischen Umsetzung gelähmt zu werden.

Handlungsorientierung Erfolgreiche CEOs dringen auf Handlungsorientierung, die messbare Fortschritte auf dem Weg zur Zielerreichung garantiert. Der Verlass auf lange Prozesse zur wissenschaftlichen Erarbeitung der „optimalen“ Lösung ist gering. Statt dessen ist die Bereitschaft zur Entscheidung unter Risiko für das Machbare ein Kernelement dessen, was für die Amerikaner „Leadership“ ausmacht. Auch bei der Beurteilung anderer zählt mehr die Fähigkeit zur Handlung als das diplomatische Wort. In Deutschland wird dieses Verhalten als Ursache übereilter und wenig reflektierter Handlungen angesehen. Es ist jedoch in vieler Hinsicht Reflektion einer anderen Abwägung zwischen den Folgen von Nichthandeln und Handeln unter Unsicherheit. Gerade in der Frage von fortgesetzten Inspektionen wurde dies in der Irak-Krise deutlich.

Politik und Moral

George W. Bush wurde, jedenfalls von seinen Wählern, in vieler Hinsicht als Gegensatz zur Person Bill Clinton gewählt. Diese Entscheidung hatte auch mit der Suche nach einer neuen Moralität in der Politik zu tun.

Private versus öffentliche Moral Unter Bill Clinton wurde der Gegensatz zwischen seiner privaten Moral und dem moralischen Anspruch seiner Politik immer wieder diskutiert. Persönlich genoss Clinton wenig Vertrauen, seine Politik konnte sich aber dennoch auf breite öffentliche Zustimmung stützen. Dieser Gegesatz wurde denen zum Verhängnis, die Clinton wegen seines privaten Verhaltens aus dem Weissen Haus drängen

wollten. Bushs private Moral gilt dagegen als wenig zweifelhaft. Sein Erfolg bei der Bewältigung eigener Schwächen (Alkoholismus) gibt ihm in den Augen vieler Amerikaner besondere Glaubwürdigkeit. Bushs eigener Anspruch an die Moralität seiner Politik ist ohne Zweifel hoch, auch wenn viele Kritiker dies in Frage stellen.

Moral der Ziele versus Moral der Mittel Bill Clinton wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, dass seine moralischen Bedenken gegen Einsatz von Gewalt, z. B. In Rwanda und Bosnien/Kosovo am Ende einen hohen humanitären Preis hatten. George W. Bush verfolgt eine deutlich andere Linie: militärische Gewalt ist gerechtfertigt, wenn sie zu Frieden und Freiheit führen. Über ihren Einsatz wird nach Zweckmässigkeit entschieden—sind die Kosten und Risiken vertretbar, was sind die Alternativen—nicht nach moralischen Kategorien, die für die Beurteilung der politischen Ziele wichtig sind. Die National Security Strategy (NSS) wendet diesen Ansatz in weiten Teilen auf die augenblickliche weltpolitische Lage an.

11. September 2001

Die Erfahrung der Terroranschläge des 11. September in New York und Washington waren der Katalysator, der den Politikstil von Bush weit deutlicher als zuvor in den Vordergrund gedrängt hat. Bush hat die Verteidigung der Sicherheit des amerikanischen Volkes in einer fundamental neuen weltpolitischen Lage als zentrale Herausforderung begriffen, in der sich sein Politikstil bewähren muss: „*In our grief and anger we have found our mission and our moment.*“ Zum ersten Mal erleben die Amerikaner eine direkte Bedrohung in ihrem Heimatland—zu Recht wird immer wieder auf die tiefgreifende Wirkung dieser neuen Realität hingewiesen. Die zentrale Rolle von Führung—politisch, organisatorisch und moralisch—in dieser Situation steht für Bush ausser Frage.

Konsequenzen

George W. Bush's Politikstil hat Konsequenzen für das transatlantische Verhältnis, wie immer man die Stärken und Schwächen seines Stils auch einschätzt: Der Vorrat der Gemeinsamkeiten wird weiter verringert, und die Tendenz zu unilateraler Politik der USA wird grösser. Erstens ist der Politikertyp, für den George W. Bush in den USA kennzeichnend ist, in Europa so gut wie nicht vorhanden. Und das wird weiterhin die Kommunikation behindern, wenn nicht beide Seiten diesen Unterschied zu akzeptieren lernen. Zweitens wird der Gegensatz zwischen einer Moral der Ziele in den USA und einer Moral der Mittel in Westeuropa eine Quelle steter Irritation bleiben, wenn wie bisher die moralische Qualität der jeweils anderen Seite fundamental in Frage gestellt wird. Ohne die Klammer des Ost-West Gegensatzes könnten diese Kommunikationsprobleme zu mehr als atmosphärischen Verstimmungen führen, die eine positive Neudefinition der transatlantischen Beziehungen im 21.

Jahrhundert gefährden. Für die deutsch-amerikanischen Beziehungen wurde in der Irak-Krise deutlich, wie sehr das gegenseitige Verständnis in den letzten Jahren schon geschwunden ist. Die Gründe sind vielschichtig, aber haben wiederum auch mit der Person der jeweiligen Regierungschefs zu tun. Gerhard Schröder wird von vielen in Washington als typisches Beispiel der Clinton-Ära angesehen; ein Schönwetterpolitiker ohne moralischen Kompass, der von den „wirklichen“ Herausforderungen der Gegenwart überfordert ist. Das Verhalten—weniger als die Position—seiner Regierung in der Irak-Frage wird als schädlich, naiv und für ein Land unserer Grösse und Bedeutung als unangemessen angesehen. Gerade vor dem Hintergrund der amerikanischen Rolle bei der deutschen Wiedervereinigung und der deutschen Erfahrung mit einer Diktatur, die erst viel zu spät auf entschlossenen internationalen Widerstand traf, ist die Enttäuschung über die deutsche Politik gross. Der Schaden war in der Bush-Administration mit ihrem geringem Verständnis für politisches Taktieren besonders gross. Es wird dauern, bis Deutschland von den USA wieder als rationaler Partner angesehen wird. Dank Grösse und Lage werden wir immer eine wichtige Rolle spielen; aber die Möglichkeit, als ein enger Freund Einfluss auf die USA zu nehmen, ist deutlich gesunken.

* * *

John Kerry: der demokratische Präsidentschaftskandidat im Profil

von Kristin Vorpahl

Für viele seiner Mitstudenten in Yale war John F. Kerry der eifrig-ehrgeizige Klassensprecher, einer, der irgendwann gerne Präsident der Vereinigten Staaten werden würde. Man nahm ihn auf in Skull and Bones, die berüchtigte Geheimgesellschaft in Yale, zu der auch der amtierende Präsident George W. Bush und dessen Vater George H.W. Bush gehören. Nur 15 neue Mitglieder gibt es pro Jahr, sie sollen, wenn nicht aus eigener Kraft, dann doch wenigstens ob der Skull-und-Bones-Beziehungen groß herauskommen in Amerika.

Kerrys Leben ist gezeichnet von vermeintlichen Widersprüchen. Vom Vietnamhelden wandelt sich der Sohn eines Testpiloten im Zweiten Weltkrieg zum eloquenten Kriegsgegner, vom liberalen Rebellen zum knallharten Ankläger, zu einem Politiker, der jeder Regierung zuerst einmal skeptisch gegenübersteht. Manche sagen, als Politiker sei Kerry *aloof*, reserviert, zurückhaltend, einer ohne glasklares Weltbild.

Familie und soziales Umfeld

John Kerry hat keine geographischen Wurzeln. Seine Jugend verbrachte er in zwölf verschiedenen Städten auf zwei Kontinenten; Internate in Neuengland und der Schweiz waren schon früh sein Zuhause. In Europa wurde Kerry zum ausgesprochenen Fußballfreund. Kerrys soziales Milieu findet sich in der Oberschicht Neuenglands, allerdings nirgendwo auch nur nahe dem Reichtum und Wohlstand der Kennedys oder der Bushs. Aber eben auch nicht nahe der Armut der Familien von Bill Clinton oder John Edwards. Als kleiner Junge freute sich Bill Clinton, John F. Kennedy die Hand schütteln zu dürfen; Kerry ging mit JFK segeln und war für eine Weile mit Jackies Halbschwester befreundet.

Mütterlicherseits geht Kerry Familienbaum zurück auf die Forbes – sie begründeten ihr Vermögen auf dem Handel mit China von Boston – und die politisch mächtigen Winthrops. Auf Seite des Vaters stammt der Neuengländer von einem tschechischen Juden und einer Budapester Jüdin ab. Beide ließen sich als Erwachsene taufen, änderten ihren Namen von Kohn auf Kerry und immigrierten 1905 nach Amerika, wo sie schon bald prosperierten. Der Großvater erschoss sich, hinterließ seinem Sohn Richard, Kerrys Vater, aber genug Geld für Yale und Harvard. Während eines Frankreichaufenthaltes lernte Richard seine Frau Rosemary kennen. John F. Kerry wurde am 11. Dezember 1943 in Alabama geboren, wo der Vater zum Piloten ausgebildet wurde, um dann im Krieg gegen Deutschland zu kämpfen.

Man ist erstaunt über die Gemeinsamkeiten mit JFK: Sie haben dieselben Initialen, sind beide katholisch, sie haben die gleiche politische Philosophie, beide verbrachten große Teile ihrer Kindheit in Massachusetts, beide sprechen sie mit dem gleichen, tiefen Boston-Akzent. Ohne Zweifel ist der immer jugendliche Präsident aus den sechziger Jahren für Kerry ein Vorbild. Noch heute findet sich in der JFK-Bibliothek ein Brief, den Kerry damals an den Präsidenten schrieb. Darin heißt es: „Ich bin, und das ist noch untertrieben, ein glühender Kennedy-Unterstützer.“

Vietnamheld und Kriegsgegner

Nach seinem Yale-Abschluss 1966 schrieb sich Kerry für den Vietnamkrieg ein. Vorher hielt er noch die Abschlussrede seines Jahrgangs, mit Blick auf den bevorstehenden Feldzug und den militärischen Kampf gegen den Kommunismus: „Aus übertriebenem Isolationismus ist nun übertriebener Interventionismus geworden.“ Und weiter: „Die Vereinigten Staaten müssen, glaube ich, verstehen, dass die Interventionspolitik, die in Westeuropa richtig war, nicht auch für den Rest der Welt angewendet werden kann und darf. Wir haben nicht den Wunsch zu dienen verloren, sondern wir hinterfragen die Wurzeln dessen, wofür wir dienen sollen.“ Kerrys Stimme war zu diesem

Zeitpunkt eine einsame; der Krieg in Vietnam galt den meisten Amerikanern eher als *splendid little war*, zweifellos gewinnbar.

Mühelos hätte Kerry seine Beziehungen nutzen können, nicht zuletzt die aus Skull und Bones, um dem Kriegsdienst zu entrinnen. Aber sein Kumpel Richard Pershing, Enkel des berühmten Generals John Pershing, gab den Ton an: „Wenn ein Krieg ausbricht, dann dient man!“ Pershing starb nach wenigen Tagen auf dem Schlachtfeld, als er unter Beschuss nach einem Kameraden suchte. In Vietnam kommandierte Kerry ein Patrouillenboot der Navy, ebenso wie sein Vorbild JFK im Zweiten Weltkrieg. Ohne Zweifel legte der frischgebackene College-Absolvent großen Mut an den Tag. Das bestätigt sogar der ihm ansonsten nicht eben wohl gesonnene *Boston Globe* nach der Sichtung tausender Dokumente aus der Zeit und unzähliger Interviews mit Zeugen. Unter Beschuss rettete Kerry zum Beispiel einen Kameraden, obgleich er selbst verwundet war. Dieser Kamerad, eigentlich ein eingefleischter Republikaner, ist jetzt wieder aufgetaucht und begleitet den Senator im Wahlkampf. Dreimal wurde Kerry verwundet, bevor er den Dienst quittierte. Das war die Regel: „Dreimal und Du bist draußen.“ Kerry verließ Vietnam auch mit dem Gedanken, dass der Krieg falsch war. Als er zurück kam und gegen den Krieg protestierte, wurde er Präsident Richard Nixon bald ein Dorn im Auge. Der Präsident, davon zeugen seine Tonbandaufnahmen, gab Order: „Zerstört den jungen Demagogen, bevor er ein zweiter Ralph Nader wird.“

Kerry kehrte aus Vietnam zurück, als der Krieg auf seinem Höhepunkt war: Mehr als eine halbe Million US-Soldaten waren in Südostasien stationiert, weit über 30.000 Amerikaner hatte bereits ihr Leben gelassen. Antikriegsproteste waren nun auf Hochtouren. Kerry sprach gegen den Krieg, was ihm politisch nicht gerade förderlich war. Er trat der Organisation „Veterans against the War“ bei, wurde schnell ihr Gesicht und damit ein gefundenes Fressen für die Medien. Die heute fast schon legendären Demonstrationen im April 1971 als Hunderttausende aus dem ganzen Land in die Regierungshauptstadt kamen, gehen auf Kerrys Idee zurück. Kerry selbst sagte – uniformiert – vor dem Senate Committee on Foreign Relations aus, wo er seine bis dato berühmteste Rede hielt: „Wie kann man einen Mann bitten, der letzte zu sein, der in Vietnam stirbt? Wie kann man einen Mann bitten, für einen Fehler zu sterben? Diese Administration hat uns [Soldaten] entehrt.“ Weniger Aufmerksamkeit schenkte man damals seinen Worten, mit denen er ausführlich die Gräueltaten der US-Soldaten in Vietnam beschreibt.

Stellvertretender Gouverneur von Massachusetts

1972 war Kerry landesweit bekannt; 28 Jahre alt, richtete er seinen Blick nun auf den Kongress. Er wollte ihn gehen, den langen Marsch durch die Institutionen, oder das System, wie es in Amerika heißt. Im Wahlkampf um einen Kongresssitz für Massachusetts verlor er gegen seinen republikanischen

Herausforderer. Von allen Seiten hatte man ihm mangelnden Patriotismus vorgeworfen. Kerry wurde erst einmal Staatsanwalt und Vater. Zuvor hatte er Julia Thorne, die Schwester seines besten Freundes David Thorne, geheiratet. Sein politisches Comeback startete er 1982, inmitten der Reagan Ära. Er versuchte es nicht gleich wieder mit Washington, sondern zunächst als Stellvertreter von Gouverneur Michael Dukakis in Massachusetts, als Law-und-Order-Staatsanwalt, allerdings mit pazifistischer Note: Er war gegen den Rüstungswettlauf des Kalten Krieges. Dabei hatte er die Friedensbewegung auf seiner Seite. Kerry gewann die Wahl und verlor seine Frau.

Auf einer Reise durch den Schwarzwald – der stellvertretende Gouverneur wollte sich über sauren Regen informieren – erfuhr er, dass Paul Tsongas seinen Senatssitz aus Gesundheitsgründen aufgeben will. Mit dem Image des progressiven, ergo liberalen Demokraten, ging Kerry ins Rennen und gewann. Er hatte Momentum, auch berufliches: Seine private Anwaltskanzlei hatte einen Freispruch für George Reissfelder bewirkt. Der lebenslänglich verurteilte Mann saß schon 15 Jahre im Gefängnis für einen Mord, den er nicht begangen hatte (so das neue Urteil).

Kerry stieg in das Rennen ein, als Kritiker von Präsident Reagan. Kein Verständnis hatte er für die Invasion von Grenada im Oktober 1983. Sein Leitsatz damals: „Die Administration ersetzt Diplomatie durch Public Relations und setzt amerikanische Leben aufs Spiel, ohne dass eine direkte Gefahr von Grenada ausginge.“

Senator in Washington, DC

Kerry gewann die Wahl. Zwei Jahre später fand er sich wieder vor dem Senate Committee on Foreign Relations, wo er 15 Jahre zuvor sein Plädoyer gegen den Krieg in Vietnam gehalten hatte. Jetzt, 42-jährig, war Kerry selbst Senator. Die Welt richtete ihre Augen auf den Bürgerkrieg in Nicaragua. In Washington und anderswo gab es zu dieser Zeit mehr oder weniger geheime Studien, nach denen Reagans Regierung die Contras mit Waffen gegen die linksgerichteten Sandinisten unterstützte. Reagan schwamm nach seiner Wiederwahl im November 1984 auf einer hohen Beliebtheitswelle; im Committee hatten die Republikaner die Mehrheit. Allerdings glaubten Mitarbeiter von Kerry beweisen zu können, dass die Contras in den Drogenschmuggel eingebunden waren. Das sicherte Kerry die Unterstützung von Jesse Helms, eigentlich sein politischer Gegenpart. Kerry und andere Demokraten trafen sich mit Daniel Ortega und anderen Führern Nicaraguas, um zu zeigen, dass die amerikanische Regierung in ihrer Angst vor dem nicaraguanischen Kommunismus übertrieb. Außenminister George Schultz erklärte daraufhin, dass Kerry ein Werkzeug der Kommunisten sei. Auch die Öffentlichkeit war nicht von Kerrys Reise angetan. Vielen galt er als „silly“. Es war ja immer noch eine *ad-hoc*-Investigation; Kerry ermittelte, um, wie er sagte, ein zweites Vietnam zu verhindern. Vertrauen genoss er dabei nicht nur von Helms, auch der renommierte republikanische Senator und

Vorsitzende des Committees, Richard Lugar, schlug sich auf die Seite seines Kollegen aus Massachusetts.

Dennoch stand Kerry mit dem Rücken an die Wand, und zwar finanziell, politisch und persönlich. Dass er etwas hoch Brisantes aufgespürt hatte, erfreute selbst einige Kollegen aus der eigenen Partei nicht sonderlich. Schließlich war 1988 Wahljahr, und Michael Dukakis, Gouverneur in Kerrys Heimatstaat Massachusetts, galt ohnehin schon als zu liberal, zu soft. Als sich die Iran-Contra-Affäre entlud und zur Top Story in den USA wurde, war Kerry schon seines Platzes im Committee verwiesen. Zum Ausgleich erhielt er den Vorsitz des Unterausschusses zu Terrorismus, Drogen und Internationalen Operation – für ihn ein Wehrmutstropfen. Und zur Enttäuschung von Verschwörungstheoretikern konnte Kerry nicht nachweisen, dass die USA einem Drogenkartell vorstand.

1988 war die Scheidung von Julia endgültig. Kerry war pleite, schließlich hatte sie ihren Wohlstand mit in die Ehe gebracht. Seine neue Frau, Teresa Heinz, erinnert sich heute an seine „Gypsy Tage“ Ende der 1980er, als er keinen festen Wohnsitz hatte. Das war auch die Zeit, in der Kerry einigen Affären mit Hollywoodsternchen und anderen Stars frönte und so zum Liebling der Klatschreporter wurde. 1990 bewarb er sich erneut um sein Senatorenamt; da gab er auch zu, schon mal Marihuana geraucht zu haben. Nach der Wiederwahl avancierte er in Washington zum Medienstar. Das wollte er selbst so. Einer seiner besten Freunde heute ist der Republikaner John McCain. Der Senator aus Arizona ist ebenfalls ein Vietnamveteran. Gemeinsam kamen sie zu dem Schluss, dass die Wunden des Vietnamkriegs heilen müssen. Kerry übernahm den Vorsitz eines politisch brisanten Ausschusses, der mehr über den Verbleib von vermissten US-Soldaten in Vietnam herausfinden sollte. Bis dahin galt die „Rambo“-Version von Kriegsgefangenen in Vietnam. 1995 standen Kerry und McCain an der Seite von Bill Clinton, als dieser erklärte, die Vereinigten Staaten würden die diplomatischen Beziehungen zu Vietnam normalisieren.

Im selben Jahr heiratete der Senator Teresa Heinz, die er auf einer Konferenz in Brasilien kennen gelernt hatte. Heinz ist die Witwe des republikanischen Senators John Heinz und eine der reichsten Frauen der Welt. Sie, die in Mozambique aufgewachsen ist, erinnert sich heute, dass sie beeindruckt war, als Kerry während einer Messe auf Portugiesisch sang.

Nach zwei Amtsperioden im Senat war Kerry ein ausgewiesener außenpolitischer Experte. Für alles Innenpolitische und Soziale zeichnete Massachusetts' Senior Senator Edward Kennedy verantwortlich. Kennedy gilt als liberaler Dinosaurier des Senats. Schon seit 1969 wirkt er dort. Er ist der Kämpfer für alle Wohltaten des Staates: Gesundheitsfürsorge, Bildung, Mindestlohn stehen immer oben auf seiner Agenda. Als sich Kerry nach zwölf

Jahren um eine dritte Amtsperiode bewarb, musste er sich denn auch fragen lassen, was er in dieser Zeit für seine Landsleute in Massachusetts getan hätte. Innenpolitisch war seine Agenda ziemlich unterbelichtet. In einem Kopf-an-Kopf-Rennen gegen seinen Herausforderer, den beliebten republikanischen Gouverneur William Weld, hatte er (fast) nur seine Geschichte als Vietnamveteran. Wie im diesjährigen Präsidentschaftswahlkampf hat es ihm auch damals geholfen, dass seine alten Kameraden sich zu ihm auf die Bühne gesellten.

Im September 2003 hat Kerry seine Kandidatur für die Nominierung seiner Partei als deren Präsidentschaftskandidat publik gemacht. Kein Demokrat, der nicht aus dem Süden kam, hat seit John F. Kennedy die Präsidentschaft gewonnen. Daher ist es ein Leichtes, Kerry, der auch für Abtreibung ist, als zweiten Dukakis darzustellen. Dessen stellvertretender Gouverneur war er ja schließlich auch schon gewesen. Und dann ist da noch das Attribut Washington-Insider. Ein überaus wohlhabender zudem.

* * *